seinerzeit wegen Betrugs gerichtliche Bestrafung ein. Ueber die damalige Verhandlung vor dem Schöffengericht haben wir ausführlich berichtet. Kurze Zeit betrieb Schulze auch ein Annoncen-Bureau, dann einen Handel mit chemischen Artikeln. Dem Zentralvorstand des Deutschen Bank- und Bankierverbandes schrieb er auf die von diesem gegen Schulze erstattete Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs einen äußerst groben Brief, in dem er behauptete, er sei streng reell und nicht mit Rockisch zu verwechseln. Auch in Briefen an Georg Rockisch ist Schulze höchst ausfällig geworden. Der Zeuge Gelbke, der als Vermittler für einige Angeklagte ebenfalls tätig war und sich jetzt in Hamburg aufhält, ist damals geisteskrank gewesen; sein Zeugnis ist daher für den Prozeß wertlos, auf sein Erscheinen in der Hauptverhandlung dürfte deshalb verzichtet werden. Die Beweisaufnahme wird heute fortgesetzt.

— **Sonderbeilagen.** Die heutige Nummer enthält drei Sonderbeilagen: für die Gesamtauflage über Parfümerien von Paul Schwarzlose, Schloßstraße 13, für die Postauflage über Uhren, Gold- und Silberwaren von Gustav Smy, Moritzstraße 10, und für die Stadtauflage von Albert Rehfeld, Pirnaischer Platz, hier.

Nachklänge zur Affäre von Zabern.

Der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg wird, wie man in Berlin wissen will, heute bei der Etatberatung erneut auf seine Haltung zu den Zaberner Vorgängen zurückkommen.

Keine Rückkehr der 99er nach Zabern?

Es wird aus Berlin gemeldet, daß das 99. Infanterie-Regiment nicht nach Zabern zurückkehrt. Dorthin kommt entweder das sächsische Infanterie-Regiment Nr. 105 in Straßburg oder das 173. aus St. Avold.

Versetzung des Leutnants v. Forstner?

Leutnant v. Forstner ist, nach der „Oberschles. Volksstimme", von Zabern nach Gleiwitz versetzt worden. — (Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich klingt sie deshalb nicht, weil Gleiwitz eine erheblich größere Garnison ist als Zabern. Im übrigen hat Zabern über 9000 Einwohner und Gleiwitz 67 000 Einwohner. Vom Generalkommando in Straßburg wird die Meldung des Gleiwitzer Blattes bestritten und hinzugefügt, daß Forstner bei der 4. Kompagnie Dienst tut. Morgen ist die Verhandlung gegen die 6 Rekruten, die die Mitteilung von der Wacker-Affäre an die Oeffentlichkeit brachten. Red.)

Ein Zentrumsmann über die Reichstagsdebatten.

Die „Kreuz-Ztg." veröffentlicht eine Zuschrift eines südwestdeutschen Zentrumsmannes, der sich über die Haltung des Reichstages in der Zaberner Angelegenheit beschwert: „Als ich die Berichte über die Mittwoch- und Donnerstag-Verhandlungen las," heißt es in dem Schreiben, „stieg mir als treuer Zentrumsanhänger, der mehr als eine Zentrumsrede und Volksvereinsreden gehalten hat und gern auch noch weiter halten wird, Scham ins Gesicht darüber, daß das Zentrum nicht mit Worten schärfster Zurückweisung sich gegen die Linke und ihre Mittwoch-Redner gewendet hat. Die Zentrumspresse, auch mein Leibblatt, die „Köln. Volksztg.", die ich seit Jahren täglich lese, hatte kaum ein Wort des Unwillens über das würdelose Benehmen, mit dem die Linke sich am Mittwoch bloßgestellt hat ..... Der Reichskanzler hat, nachdem die Anfragen geschehen, getan, was ein nüchterner und gerecht denkender Beamter tun mußte, er sagte, er müsse das Ergebnis der Untersuchungen abwarten, — und da fiel die Linke über ihn her in einer Weise, die jeder Würde, geschweige denn der „in diesem hohen Hause" sich geziemenden Würde Hohn spricht, warf dem Kanzler und dem Kriegsminister, welche die Untersuchungsergebnisse abwarten müssen, die schmählichsten Beleidigungen ins Gesicht. Dieselben Leute, die über die unpassenden Worte des Leutnants sich nicht genug entrüsten konnten, behudelten selber im sicheren Bewußtsein ihrer Immunität nicht nur diesen Leutnant, den Oberst, den Kommandeur, sondern auch den Kanzler und den Kriegsminister mit Witzen, Beleidigungen und Zwischenrufen, zu deren Charakterisierung mir kein anderes Wort zur Verfügung steht, als das des Kriegsministers „tumultuarische Hetze", und kein Blatt jeglicher Partei, vom Zentrum aus linkswärts, hatte ein Gefühl dafür, wie unsäglich abstoßend dieses Bild aus dem Reichstage, „dieses hohen Hauses", auf den Leser der Berichte wirken muß. Wo ist die Würde unserer Parlamente hingekommen? Sind sie denn wirklich nur der Tummelplatz von Menschen, die sich wie Ledebour benehmen, oder die durch fulminante Reden glänzen wollen? Schicken wir unsere Volksvertreter zur Arbeit oder zum Lärmmachen in den Reichstag? Es muß einmal gesagt werden, daß auch im Zentrumslager nicht immer die Art und Weise gebilligt wird, in der vielfach im Parlament die Würde dieses hohen Hauses aufgefaßt wird."

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Aus Anlaß der Vorgänge in Zabern und der Debatten hierüber im Reichstage hatte der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Mitglieder der Partei aufgefordert, Sonntag mittag im ganzen Deutschen Reiche Protestversammlungen zu veranstalten. In Groß-Berlin fanden nun am Sonntag 17 Versammlungen statt. Als Thema war angegeben: „Militäranarchie statt Verfassungsrecht". Redner waren zumeist Abgeordnete und Mitglieder des Parteivorstandes. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine gleichlautende, agitatorisch zugestutzte Erklärung angenommen, worin u. a. mit der Budgetverweigerung gedroht wird, um den Rücktritt des Reichskanzlers und des Kriegsministers durchzusetzen. — Die meisten Vorsitzenden der Versammlungen forderten die Massen auf, sich ruhig zu entfernen und der Polizei keinen Anlaß zu irgendeiner Arbeit zu geben. Darauf wurden die Versammlungen überall mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Zu gleicher Zeit fand in der Weberstraße 17 eine Anarchistenversammlung statt, bei der als Tagesordnung: „Der Willkürakt in Zabern und die Anarchisten" angegeben war. Die Versammlung war ebenfalls ziemlich gefüllt. Die sozialdemokratische Protestresolution, die sehr schnell in der Versammlung bekannt wurde, bezeichneten die Redner als Halbheit und lendenlahm. Befürwortet wurde ein allgemeiner Generalstreik für ganz Deutschland als Zeichen des Protestes gegen die Zaberner Vorgänge.

Wie man sieht, hat die Ausnützung der Zaberner Vorgänge und der auf sie bezüglichen Reichstagsdebatten von radikaler Seite in vollem Maße eingesetzt. Hier heißt es unter allen Umständen auf der Wacht sein.

Neue deutsch-tschechische Ausgleichsverhandlungen.

Unser Wiener Korrespondent schreibt uns:

Ministerpräsident Graf Stürgkh hat vorige Woche die Vertreter der deutschböhmischen und tschechischen Parteien empfangen, um ihnen mitzuteilen, daß er neue deutsch-tschechische Ausgleichsverhandlungen einzuleiten gedenke. Er war diesmal klüger als im Oktober, wo er durch seine Absicht, den Fürsten Thun zu der Konferenz mit den Deutschböhmen beizuziehen, die deutschböhmischen Parteiführer entsprechend einem am Volkstage in Komotau gefaßten Beschlusse zwang, die Leichtkeung der Konferenz abzulehnen. Diesmal war der Statthalter von Böhmen nicht zugezogen, und die Deutschen konnten die Mitteilungen des Ministerpräsidenten entgegennehmen.

Das Entgegenkommen des Grafen Stürgkh ist von den Schwierigkeiten diktiert gewesen, die seinem Kabinette bei der Mitte Dezember aufzunehmenden Beratung des Budgetprovisoriums bevorstehen. Nach der Einsetzung der Landesverwaltungskommission in Böhmen, die für die Deutschböhmen recht ungünstig gestaltet ist, wurde, wieder in Komotau, beschlossen, zu gegebener Zeit eine oppositionelle Stellung gegenüber der Regierung zu beziehen. Seit der Zeit wurde im Parlamente der Finanzplan verhandelt, den ein Junctim mit der Erfüllung von Forderungen der Beamten und Lehrer verbindet, so daß von einer Opposition keine Rede sein konnte. Etwas anderes ist es aber mit dem provisorischen Staatsvoranschlag. Nun kommen aber die Tschechen und erklären, daß sie die Beratung obstruieren werden, wenn nicht die Landesverwaltungskommission verschwindet. Die Landesverwaltungskommission zu entfernen ist aber nur möglich, wenn durch einen Ausgleich oder durch ein neuerliches Oktroi Zustände im Lande Böhmen geschaffen werden, die ein gedeihliches Arbeiten des böhmischen Landtages verbürgen. Diese Erwägungen veranlassen also die Regierung, neuerliche Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen anzubahnen, wobei der Ministerpräsident jedenfalls noch annimmt, daß das Fortschreiten der polnisch-ruthenischen Verhandlungen über die galizische Wahlreform und einen Teilausgleich auf Deutsche und Tschechen einen Druck ausüben wird.

Leider sind die Verhältnisse aber so, daß den neuen Verhandlungen kein günstiges Horoskop gestellt werden kann. Die tschechischen Parteien haben erklärt, daß die Frage der nationalen Abgrenzung in Böhmen bei den neuen Verhandlungen nicht berührt werden dürfe. Nun ist aber die Abgrenzung nach nationalen Gebieten die Grundlage jeder Regelung der Verhältnisse in Böhmen, da nur auf ihr eine neue Landesordnung, ein Sprachengesetz, die Landtagswahlreform usw. aufgebaut werden können. Daraus ist die Taktik der Tschechen zu erkennen: Erpressungsversuche an der Regierung, eventuell durch einen Gewaltstreich, die tschechisch-feudale Autonomie wiederherzustellen, Unnachgiebigkeit den berechtigtesten deutschen Forderungen gegenüber. Daß unter solchen Umständen jeder Versuch, im Verhandlungswege einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen, scheitern muß, ist klar, denn ein bedingungsloser Verzicht der Deutschböhmen auf ihre Forderungen — das wollen die Tschechen — ist nicht denkbar. Die Deutschböhmen können warten; denn so wenig erfreulich für sie die Zusammensetzung der Landesverwaltungskommission ist, so ist die aus Beamten bestehende Kommission doch immer noch besser, als der seinerzeitige, aus tschechischen Parteimännern bestehende, die Deutschböhmen in jeder Beziehung skrupellos benachteiligende Landesausschuß.

Die deutschböhmische Vereinigung im österreichischen Abgeordnetenhause wird sich im Laufe dieser Woche mit den Mitteilungen des Grafen Stürgkh beschäftigen und zweifelsohne feststellen, daß die Deutschböhmen zu Verhandlungen immer bereit waren; es müssen aber die Voraussetzungen da sein, die einen günstigen Verlauf neuer Verhandlungen verbürgen.

Ende der französischen Kabinettskrisis?

Bis zur Stunde ist ein definitiver Nachfolger Barthous noch nicht gefunden, doch nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß der Radikale Doumergue gewillt ist, der Kabinettskrise endlich ein Ende zu bereiten, da es ihm gelingen dürfte, ein Ministerium zusammenzustellen, das auch von einiger Lebensdauer sein dürfte, wenigstens aber bis zu den nächsten Wahlen aushält. Mehr verlangt man für den Augenblick auch nicht, sowohl an leitender Stelle, wie in den Parteien. Ueber die Färbung des kommenden Ministeriums kann schon kaum mehr ein Zweifel sein, es dürfte sich nur aus radikalen Politikern zusammensetzen. Caillaux dürfte auch seine Gründe haben, wenn er schon jetzt erklärt, jedes Kabinett zu unterstützen, das von Doumergue gebildet wird.

Die gemäßigten republikanischen und konservativen Blätter greifen den Senator Doumergue bereits sehr lebhaft wegen der von ihm geplanten Zusammensetzung seines Ministeriums an und warnen ihn dringend davor, die Mitglieder des künftigen Kabinetts fast ausschließlich den Reihen der geeinigten Radikalen zu entnehmen. Mehrfach wird bemerkt, daß bei der Besetzung der Portefeuilles ganz offenkundig der Einfluß Caillaux' und Clémenceaus maßgebend sei. Die „Liberté" meint, daß zwischen den Persönlichkeiten, welche in dem künftigen Kabinett sitzen sollen, bezüglich der wichtigsten Fragen ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Radikalen würden deshalb zweifellos die Durchführung ihres Programms vertagen. Es genüge ihnen, die Macht zu haben, um den Präfekten befehlen und die nächsten Kammerwahlen leiten zu können.

Besondere Schwierigkeiten bietet die Besetzung des Ministeriums des Aeußeren. Nach der Weigerung Ribots, der auf die zwischen ihm und mehreren Mitgliedern des künftigen Kabinetts in der Frage der Wahlreform bestehenden Meinungsverschiedenheiten hingewiesen hatte, wandte sich Doumergue an den Senator des Maas-Departements Develle, einen intimen Freund des Präsidenten der Republik, der bereits vor 20 Jahren das Portefeuille des Aeußeren inne gehabt hatte. Da Develle ablehnte, soll Doumergue sich entschlossen haben, neben der Ministerpräsidentschaft auch das Portefeuille des Aeußeren zu übernehmen. Die Verwirklichung des auch einem großen Teile der Radikalen durchaus sympathischen Gedankens, Pichon die Leitung des Quai d'Orsay im neuen Kabinett zu überlassen, scheiterte, dem Vernehmen nach, an dem hartnäckigen Widerstande Clémenceaus, der sich mit Pichon überworfen hatte, weil dieser bei der Versailler Präsidentenwahl für Poincaré stimmte. Ebenfalls Zustimmung fand bei den geeinigten Radikalen der Entschluß Doumergues, das Kriegsportefeuille dem Mitgliede des Oberkriegsrates Dubail anzuvertrauen. Dieser war der Kabinettschef des vor zwei Jahren auf dem Flugfelde von Issy verunglückten radikalen Kriegsministers Berteaux und gilt als ein ernster Republikaner.

Von konservativer Seite wird befürchtet, daß die Berufung des Generals Dubail an die Spitze der Kriegsverwaltung zu sehr ernsten Schwierigkeiten mit mehreren Generalen, insbesondere mit dem Generalstabschef Joffre und dem jüngst zum Korpskommandeur ernannten General de Castelnau, Anlaß geben werde.

Doumergue wird sich voraussichtlich am Donnerstag mit dem Kabinett im Parlament vorstellen. Er übernimmt auch das Ministerium des Auswärtigen.

Die Deputiertenkammer hat sich bis Donnerstag vertagt.

Tagesgeschichte.

Die deutsch-türkische Militärmission vor dem Kaiser.

Der Kaiser empfing am Montag in Potsdam im Neuen Palais die nach der Türkei abgehenden Offiziere.

Frankreich und Rußland gegen Deutschland.

Der Pariser „Temps" bringt noch einmal eine Zusammenstellung aller Beschwerden, die von Rußland und Frankreich gegen die Bestellung des deutschen Generals Liman v. Sanders zum Militärkommandanten von Konstantinopel erhoben worden sind. Er schlägt dabei einen Ton an, der eine Verstärkung des russisch-französischen Protestes gegen Deutschland und die Türkei erraten läßt. — Wie ein Korrespondenzbureau ergänzend meldet, ist diese Angelegenheit in diesen Tagen Gegenstand eifriger Besprechungen zwischen dem bisherigen Ministerpräsidenten Barthou, dem Exminister Pichon und dem Präsidenten der Republik gewesen. Darauf ist auch die verschobene Abreise des französischen Botschafters in Petersburg zurückzuführen, die Delcassé trotz dringender Bitten seiner politischen Freunde erst auf den 16. d. M. festgesetzt hat.

Zur Sicherung Helgolands

ist jetzt der dritte Teil der großen Schutzmauer gegen die Angriffe der Wellen vollendet. Man rechnet damit, daß jedes Drittel der Mauer zwei Jahre Arbeit erfordert, so daß noch vier Jahre notwendig sind bis zur Vollendung des Werkes. Die Schutzmauer wird vom Blockhorn bis Petersens Horn weitergeführt im Anschluß an die Strecke auf der Südwestseite der Insel von der Südküste bis zum Blockhorn.

Die Mannesmann in Marokko.

In den Berliner politischen Kreisen wird die in auswärtigen Blättern verbreitete Meldung, die deutsche Reichsregierung stehe dem von den Brüdern Mannesmann entworfenen Projekt einer Umgestaltung der spanischen Verwaltung in Spanisch-Marokko nahe, als geradezu unsinnig bezeichnet.

Schükri Paschas Dank an seine deutschen militärischen Lehrmeister.

In Bad Hartha in Sachsen wurde am 10. August dieses Jahres zur Erinnerung an die ruhmvolle Verteidigung von Adrianopel ein großer Gedenkstein enthüllt, der die Inschrift trug: „Zu Ehren Schükri Paschas, des Helden von Adrianopel, 1913." Unter eingehender Beschreibung des Festaktes wurde Schükri Pascha eine Photographie des Gedenksteins überreicht.

In seiner jetzt erfolgten Erwiderung dankt der türkische General im Namen seiner braven Soldaten für die ehrende Erinnerung an die Verteidigung von Adrianopel und fährt dann folgendermaßen fort: „Als ich von meiner Regierung die Aufgabe erhielt, Adrianopel zu verteidigen, war ich mir zunächst bewußt, daß ich eine heilige Pflicht meinem Vaterlande gegenüber zu erfüllen hatte, dieses nationale Bollwerk im westlichen Thrazien, das jedem Muselmann aus Herz gewachsen ist, mit Aufwendung aller Kraft und unter allen Opfern und Entbehrungen meinem Vaterlande zu erhalten. Die mir anvertrauten Truppen sind ihrer Aufgabe gerecht geworden, und haben sich würdig ihrer Vorfahren als wackere Krieger gezeigt. Es war aber auch ein anderes Gebot, das mich auf den exponierten Posten begleitete und nicht verließ: es war die Dankbarkeit für meine Lehrer in der deutschen Armee, und für diese Armee selbst, der ich das Glück hatte, 3½ Jahre anzugehören, darf ich stets den ersten Platz an der Sonne wünschen. An diese schöne Dienstzeit in der deutschen Armee, insbesondere im 2. Garde-Feldartillerie-Regiment, in der Artillerie-Schießschule unter der unvergeßlichen Leitung des damaligen Majors Rohne, jetzigen Generalleutnants z. D., und in der Vereinigten Artillerie-Ingenieurschule knüpfen sich die schönsten Erinnerungen meines Lebens. Die wohltuende Strenge, die den Soldaten zum treuen Diener seines Vaterlandes erzieht und in den Dienst des Ganzen stellt, die Gerechtigkeit, die Lob und Tadel ohne Ansehen der Person gleichmäßig verteilt, die Kameradschaft, die alle Soldaten verbindet und zu dem Kaiser als obersten Kriegsherrn begeistert aufblicken läßt, das alles sind Erinnerungen, die nicht schwinden. Auch in den deutschen Manövern war der Türke bei arm und reich, bei hoch und gering, bei Mann und Maus gleich willkommen und fand stets die gütigste Aufnahme. Als ich vom Offizierkorps des 2. Garde-Feldartillerie-Regiments nach Ablauf meiner Dienstzeit Abschied nahm, konnte ich zu meinem lieben Hauptmann, jetzigen General v. Crepins gewendet sagen: „Körperlich scheide ich jetzt von Ihnen, im Geiste bleibe ich stets mit Ihnen vereint." Die Erinnerung an diese Worte haben mich auch in Adrianopel nicht verlassen, und immer war ich eingedenk, meinem lieben Lehrer und Kameraden durch die Tat für die militärische Erziehung und treue Kameradschaft zu danken. Nach meinem Vaterlande gehören mein Herz und mein Gefühl der lieben deutschen Armee, dem Regiment und den Schulen, in denen ich militärisch ausgebildet wurde, sowie auch meiner unvergeßlichen Garnison Berlin. Dieß, geehrter Herr, hatte Ihnen der alte Türke aus Adrianopel noch zu sagen, der das herrliche Deutschland und die biederen treuen Deutschen nie vergißt."

Der Kampf zwischen Aerzten und Krankenkassen.

In einer von Aerzten aus ganz Deutschland zahlreich besuchten Tagung des Leipziger Verbandes der Aerzte in Leipzig wurde beschlossen, sämtliche lokalen Verhandlungen der Aerzte mit den Krankenkassen abzubrechen, mit Ausnahme Württembergs, wo unter Mitwirkung der Regierung eine Einigung angebahnt sei. Zu diesem Beschluß wird noch mitgeteilt, daß Anfang Januar Versammlungen der Aerzteschaft stattfinden sollen, um Klarheit über die verhängten Maßnahmen zur Durchführung des Kampfes zu schaffen und weitere Maßregeln zu beschließen. Die Städte Berlin, Hamburg und Dresden, die bereits eine Einigung mit den Kassen getroffen haben, werden durch den Beschluß nicht berührt.

„Preise für hingebende Aufopferung."

Die „Straßb. N. N." melden aus Metz: Sonntag nachmittag versammelte sich die lothringische Akademie zu Nancy zu einer feierlichen Sitzung, um die diesjährige Preisverteilung vorzunehmen. Zwei Preise waren ausgesetzt als Prix de Dévouement, also als Preise für hingebende Aufopferung. Die Preisträger sind die Präsidenten der beiden „Souvenir". Herr Jean, der für seine Tätigkeit in Lothringen den Preis von 300 Francs erhalten soll, und Paul Bourson, Redakteur des „Nouvelliste" in Kolmar, der bekannte „Matin"-Korrespondent, der einen Preis von 200 Francs erhält.

Ein Protest San Domingos gegen die Union.

Nach einem Telegramm aus San Domingo hat die Regierung energisch gegen die amerikanische Einmischung in die kommenden Wahlen protestiert.

Deutsches Reich. In München verstarb der Minister-Resident z. D. Dr. Ernst Göring, geboren im Jahre 1838 in Emmerich. Er war 1885 erster Reichskommissar in Deutsch-Ostafrika und dann Konsul in Haiti.

Spanien. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Arbeitervereinigungen wurde beschlossen, sich mit den Ausständigen in El Ferrol solidarisch zu erklären und in den Generalstreik zu treten.

Während des Druckes nacht- eingegangene

Neueste Drahtmeldungen.

Paris. Die neueste Ministerliste benennt für Post Malvy, für Arbeit und soziale Fürsorge Letin. Minister des Innern ist Renoult. Unterstaatssekretäre sind für Inneres Raoul Péret, für Krieg Maginet, für die Handelsmarine Asam.

Straßburg. Gegenüber Meldungen norddeutscher Blätter, daß eine behördliche Untersuchung das Vorhandensein einer ausgedehnten Organisation von Helfershelfern für die Anwerbung zur französischen Fremdenlegion in den Reichslanden erwiesen habe, wird von zuständiger Stelle ausdrücklich betont, daß eine derartige Organisation in den Reichslanden nicht ermittelt wurde.

Frankfurt a. M. Credit 202¼. Dresdner Bank 150¼. Staatsbahn 155½. Lombarden 22⅛. Fest.

Paris. (8 Uhr nachm.) Rente 85,42½. Italiener 98,85. 3 % Portugiesen 68,50. Spanier 91,55. 4 % Türken (unifik.) 88. Türkenlose 207,50. Ottomanbank 644. Besser.